

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 1. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 5. Februar 2018
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 21:20 Uhr
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 4 und 5 vom 25. Januar 2018 und 1. Februar 2018 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmer:

Stadtratspräsident	Michael Ritter
Stimmzähler	Franziska Cottier-Rupp, Karin Fankhauser
Mitglieder des Stadtrates	Roger Aebi, Yves Aeschbacher, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Daniel Beck, Peter Biedermann, Tabea Bossard-Jenni, Anna de Quervain, Hermann Dür, Urs Geiser, Thomas Gerber, Friedrich Gfeller, Urs Gnehm, Yves Greisler, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Simon Kühni, Esther Liechti-Lanz, Andrea Lüthi, Pierre Manz, Christine Meier, Marcel Meier, Adrian Merz, Mathuran Poopalapillai, Andreas Rössler, Philipp Schärf, Andreas Stettler, Anette Vogt, Ulrich von Känel, Christoph Wyss, Sybille Zingg Righetti, Paul Krähenbühl, Ian Thompson, Barbara Lüthi-Kohler, Peter von Arb
Entschuldigt	Georg Burkhard, Thomas Grimm
Stadtpräsident	Stefan Berger
Mitglieder des Gemeinderates	Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Annette Wisler Albrecht, Christoph Grimm
Stadtschreiber	Roman Schenk
Auskunftspersonen	-
Protokoll	Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 11. Dezember 2017	3
- Informationen des Stadtratspräsidenten	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	6
- Friedhof 2+4, Gesamtsanierung Überarbeitete Vorlage gemäss SR-Entscheid vom 15. Mai 2017	6
- Postulat GLP-Fraktion betreffend Förderung von E-Ladestationen für Elektrofahrzeuge in Burgdorf	15
- Interpellation SVP-Fraktion betreffend Personalvorsorgestiftung Region Emmental (PRE)	18
- Interpellation GLP-Fraktion betreffend Unfallrisiken von E-Bikes in Burgdorf	18
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	19

Appell

Der durch die Stimmzählerin Cottier-Rupp Franziska durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 37 Mitgliedern des Stadtrates (SR). Stadtrat Kühni Simom trifft im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2018-149 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 11. Dezember 2017

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig bei 1 Enthaltung das Protokoll der Stadtratssitzung vom 11. Dezember 2017.

SRB: 2018-150 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen des Stadtratspräsidenten

Verhandlung

Stadtratspräsident Ritter Michael begrüsst die Anwesenden zur ersten Stadtratssitzung im Jahr 2018. Im Speziellen begrüsst er als neues Stadratsmitglied Thompson Ian und wünscht ihm viel Freude und einen guten Start im Amt.

Der Vorsitzende informiert über diverse organisatorische Angelegenheiten. Der SR wird gebeten, seine Voten und politischen Vorstösse, wenn immer möglich schriftlich und in elektronischer Form an das Ratssekretariat zu schicken. Die parlamentarischen Vorstösse müssen unterschrieben sein und sollten vor der Sitzung dem Vorsitzenden abgegeben werden. Bei Vorstössen einer Fraktion reicht die Unterschrift des Fraktionspräsidenten, der Fraktionspräsidentin. Anträge zu traktandierten Geschäften müssten eigentlich nicht vor der Sitzung eingereicht werden. Wenn die Anträge jedoch vor der Sitzung eingereicht werden, erleichtert dies den Ratsbetrieb. Die Anträge sollten ebenfalls, wenn möglich schriftlich eingereicht werden. Die Mitglieder des SR finden wichtige Unterlagen in der Online Sitzungsverwaltung. Der diesjährige Stadtratsausflug wird von der Grünen-Fraktion organisiert. Für die Organisation steht das Ratssekretariat zur Verfügung. Der SR wird gebeten, den Donnerstag, 3. Mai 2018, 19.00 Uhr, Restaurant Schützenhaus zu reservieren. An diesem Abend findet eine Informationsveranstaltung zum Thema Altersvorsorge/Pensionskasse der Stadt Burgdorf statt. Der Termin ist bewusst nach Veröffentlichung der Sitzungsunterlagen zu diesem Geschäft und vor den Fraktionssitzungen gewählt. Der Termin soll wahrgenommen werden. Es geht dabei um ein wichtiges Geschäft im laufenden Jahr. Stadtratspräsident Ritter Michael informiert über seine besuchten Veranstaltungen. Am 10. Januar 2018 hat er am Apéro des Materialpools in Burgdorf teilgenommen. Am 11. Januar 2018 war er Gast an der Diplomfeier des Lehrgangs Sachbearbeiter Personalwesen der Beruflichen Weiterbildungskurse (BWK) Burgdorf. Am 12. Januar 2018 hat er am Neujahrsapéro des Regierungsstatthalteramtes Emmental teilgenommen. Am 16. Januar 2018 war er am Apéro der

Stiftung intact in der Kupferschmiede Langnau anwesend. Am 26. Januar 2018 hat er an der Sportlehre der Stadt Burgdorf in der Markthalle teilgenommen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass infolge der Abwesenheit von Stimmzähler Grimm Thomas eine Stellvertretung gewählt werden muss. Als stellvertretende Stimmzählerin wird Fankhauser Karin vorgeschlagen.

Beschluss

Der Stadtrat wählt einstimmig Fankhauser Karin als stellvertretende Stimmzählerin.

Antrittsrede Stadtratspräsident Michael Ritter

Es ist mir eine Ehre die erste Stadtratssitzung 2018 zu eröffnen. Die erste Sitzung des Jahres ist immer Anlass für eine so genannte Antrittsrede des neuen Ratspräsidenten. Antrittsrede dünkt mich ein etwas grosses Wort, ich nenne es in meinem Fall lieber ein paar einführende Gedanken ins Burgdorfer Politikjahr 2018. Es ist nicht einfach, solche Gedanken zu formulieren. Sie sollten einigermaßen nahe an der politischen Realität in unserem Burgdorf sein, aber man sollte bei solcher Gelegenheit sicher nicht in die Tagespolitik abrutschen. Die Gedanken sollten wenn möglich einen gewissen Gehalt haben, aber es soll auch keine Vorlesung sein. Eine Prise Humor soll nicht fehlen, aber es ist auch nicht der Ort für die Aneinanderreihung von Schenkelklopfen. Ich hoffe, dass ich im Folgenden die Erwartungen des werten Publikums zumindest ansatzweise erfüllen kann. Ich habe als Titel oder vielleicht besser Motto meiner Gedanken die Frage "Warum eigentlich Lokalpolitik?" gewählt. Dabei werde ich mehr von den politisch aktiven Leuten, den Akteurinnen und Akteuren, ausgehen als vom Inhalt und von der Sache. Natürlich kann man nicht über die Sinnhaftigkeit von Lokalpolitik reden, ohne einen Begriff von Politik vorauszusetzen. Wenn ich aber annehme, die Menschen seien in der Politik noch wichtiger als die Sache, mache ich gerade schon eine inhaltliche Setzung. Politik ist für die Bürgerinnen und Bürger des Gemeinwesens da, das ist eine tiefe Überzeugung von mir. Am Beginn des politischen Denkens in der westlichen Welt steht die Auffassung, dass der Mensch selber von Natur aus ein zoon politikon sei, also ein politisches Wesen. Ab einer minimalen Stufe der Entwicklung kann der Mensch nicht für sich allein existieren, sondern ist in eine Gemeinschaft eingebunden. Das kann eine Gemeinde, eine Stadt, ein Kanton, ein Staat oder sogar eine Staatengemeinschaft sein. Die Konstante ist immer, dass gewisse Fragen in einem solchen Gemeinwesen allgemein - eben politisch - geregelt werden sollen. Welche Fragen das sind und welche nicht, das ist eine wesentliche Konfliktlinie der politischen Weltanschauungen. Ich werde darauf nicht weiter eingehen, da ich ja gesagt habe, dass die politische Akteurin, der politische Akteur insbesondere auf lokalpolitischer Ebene der Hauptgegenstand meiner Gedanken sein soll. Nun denn: Warum betreiben eigentlich Menschen Lokalpolitik, und wozu ist es gut? Warum tun manche Menschen das? Es ist nicht zu übersehen, dass es zunächst auch einfach eine Frage des Interesses ist, im ganz ursprünglichen Sinne des Wortes, eine Frage nach dem, womit sich manche Menschen gerne beschäftigen. Wir wissen aus der Soziologie, dass auch heute noch das Elternhaus die Interessen junger Menschen stärker prägt als alles andere, stärker als zum Beispiel die Schule, stärker als der Kollegenkreis und stärker als die alten und neuen Medien. Wer als Kind und Jugendlicher zu Hause mit Politik konfrontiert wird, entwickelt häufiger ein politisches Interesse. Es folgt daraus übrigens nicht einfach, dass Junge immer die politischen Ansichten ihrer Eltern teilen, aber es ist eine Tatsache, dass politisches Interesse, wie andere Interessen auch, von Eltern an Kinder weitergegeben werden kann. Eine zweite mögliche Quelle für ein politisches Interesse ist natürlich die Schule, dass ich gerade diese Quelle noch erwähne, ist ein wenig, das sei zugegeben, im Beruf des Sprechenden bedingt. Die Frage, wie wichtig die Schule für politische Sozialisation ist oder sein soll, lass ich offen. Nur so viel: Wahrscheinlich ist es nicht einmal so wesentlich, was für politische Themen im Unterricht behandelt werden. Viel wichtiger ist der Bezug zum Ausgangspunkt, zum zoon politikon, und damit zum Verständnis des Menschen als ein Gemeinschaftswesen. Für erwachsene Menschen, für die Elternhaus und Schule lange vorbei sind - das trifft für die sehr grosse Mehrheit der Anwesenden ja zu - kann politisches Interesse auch ganz andere Ursachen haben. Auch unabhängig von der Sozialisation kann das politische Interesse geweckt werden, und zwar in jedem Lebensabschnitt. Ich erwähne einen möglichen Auslöser eines solchen Interesses. Man kann als Bürgerin oder Bürger direkt von politischen Entscheiden in "seinem" Gemeinwesen betroffen sein oder werden und das zum Anlass nehmen sich politisch zu interessieren oder sogar zu betätigen. Wir dürfen uns da nichts vormachen: Recht oft wird der Anlass so geweckten politischen Interesses eine Unzufriedenheit, manchmal sogar

eine Wut sein. Es ist an so ausgelöstem politischem Interesse zunächst nichts Falsches. Es gibt nämlich vieles, was einem in der Politik auf die Nerven gehen kann. Wichtig ist mir der Hinweis, dass man spätestens ab dem Moment, wo aus Interesse zu Engagement werden soll, die Bereitschaft hat, sich mit den oft recht eigenwilligen politischen Prozessen auseinanderzusetzen. Die "Spielregeln" der Politik sind sehr oft über Jahrzehnte - manche über Jahrhunderte - entstanden und haben fast immer tiefe Gründe, die man als "Newbie", wie meine Schüler die "Anfänger" nennen, nicht sofort alle nachvollziehen kann. Es sind, ehrlich gesagt, auch nicht ganz alle Spielregeln gleich sinnvoll, aber ich bin in meinen jetzt fast 20 Jahren Lokalpolitik zum Schluss gekommen, dass eigentlich alle Spielregeln zumindest einen Rechtfertigungsgrund haben. Man kann übrigens Spielregeln auch ändern - aber das ist wesentlich anspruchsvoller als mitzuspielen. Wer sich für Politik interessiert, ist nur deshalb noch kein Politiker, und wer sich für Lokalpolitik interessiert, ist nur deshalb noch kein Lokalpolitiker. Der Schritt vom Interesse zum Engagement ist erheblich, er ist freiwillig, und er ist in der Lokalpolitik, auch heute noch, am einfachsten. Wer sich in eine Kommission wählen lässt und nach 2 Jahren merkt, dass das aktive Politisieren nicht Seins ist, hat kaum Schaden angerichtet. Lokalpolitik ist auch heute noch das beste Experimentierfeld für politisches Engagement. Ich bin bei dieser These, das ist so, zweifellos durch die Burgdorfer Politik geprägt. Mein Burgdorf, ist, seit ich politisch interessiert bin, und das ist jetzt auch schon lange her, immer ein sehr gutes Laboratorium für Lokalpolitik gewesen. Die Herausforderungen sind gross genug, um interessant zu sein, aber nicht zu gross, um hilflos zu sein. Das Angebot an politischen Parteien und Gruppierungen ist relativ zur Grösse der Stadt recht üppig. Es gibt in der Stadt Burgdorf einen Sinn fürs Experimentieren, es gibt, auch das sage ich klar, eine gesunde Abneigung gegen extremistische politische Strömungen, und es gibt eine alte Tradition in politischen Kämpfen wenn möglich das Ausweichen auf unsachliche Ebene zu unterlassen. "Fortiter in re, suaviter in modo" - "hart in der Sache, mild in der Vorgehensweise" - trifft das Wesen der Burgdorfer Politik gut, und von strategischem Denken hat der Orden der Jesuiten, der dieses Motto geprägt hat, durchaus schon etwas verstanden. Das Wort "Interesse", das ich häufig gebraucht habe zur Erklärung, wieso Menschen sich für Lokalpolitik eben "interessieren oder sich sogar engagieren, hat noch andere Bedeutungen. Die französische Form des Wortes, intérêt, bezeichnet auch ganz einfach den Zins, in ganz finanziellen Sinn, Zins auf Guthaben oder Schulden. Es gibt auch materielle Interessen. Wie stehen denn diese zur Politik? Sind sie ein Störfaktor? Das ist tatsächlich möglich, aber es ist naiv zu meinen materielle Interessen könnten von der Politik ferngehalten werden. Das funktioniert ja nicht einmal in Berufsparlamenten wie dem deutschen Bundestag; auch sie gelten als durchsetzt von Lobbyisten und Interessenvertretern, in dieser zweiten Bedeutung von "Interesse". Ebenso ist das schweizerische Milizsystem nicht von diesem Problem verschont. Nein, man soll nicht die Illusion aufrechterhalten, materielle Interessen liessen sich immer aus der Politik fernhalten. Das ist auch in der Lokalpolitik nicht möglich. Die korrekte Antwort ist Transparenz: Wer höchstpersönlich - für seine Person, für eine von ihm beherrschte Unternehmung - materielle Interessen am Ausgang einer politischen Entscheidung hat, muss das sagen. Sie oder er wird nachher und dadurch durchaus nicht zur Unperson, aber die Interessenslage im materiellen Sinn ist den politischen Akteuren bekannt, und zwar, bevor sie entscheiden, nicht erst nachher. Wenn ein Akteur "vergisst", seine materiellen Interessen offenzulegen, müssen das andere tun. Das ist etwas weniger angenehm, aber das Transparenzgebot muss in solchen Fällen über persönliche Befindlichkeiten stehen. Ich darf sagen, dass dieser wichtige Mechanismus in der Burgdorfer Politik in weitaus den meisten Fällen, seit ich "dabei" bin, einwandfrei funktioniert hat. Sie sehen auch, liebe Anwesende, dass ich ausdrücklich nicht der Meinung bin, es sei gewissermassen schon nur per se anrühlich, wenn Bürgerinnen und Bürger mit bestimmten, auch materiellen, Interessen politisch aktiv seien. Wenn man den Kreis der möglichen politischen Akteurinnen und Akteure nämlich so auf zumindest scheinbar materiell "interessenlose" Bürgerinnen und Bürger verengen würde, würde man auch dafür einen nicht geringen Preis zahlen. Politik, Lokalpolitik, verkäme dann zur Angelegenheit nur noch von zum Beispiel Kantonsangestellten, Bundesangestellten, Rentnerinnen und Rentnern, Studentinnen und Studenten. Die Betroffenen im Saal mögen nicht überempfindlich sein und beachten, dass die inhaltliche Betonung der Aussage ja auf "nur noch" liegt; davon abgesehen ist der Sprechende übrigens auch in dieser Gruppe. Nein, eine solche sozioökonomische Sterilität darf nicht Einzug in die Lokalpolitik halten. Warum eigentlich Lokalpolitik? Weil das menschliche Sein als zoon politikom verlangt, dass jemand das Gemeinwesen gestaltet, weil das nicht materielle Interesse an Politik besonders gut durch lokalpolitisches Engagement ausgelebt werden kann, weil die Lokalpolitik das ideale Feld ist zum Sammeln politischer Erfahrungen. Ganz zum Schluss, und das ist sehr persönlich: Lokalpolitisches Engagement kann auch eine Möglichkeit sein der Gemeinschaft, seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, etwas zurückzugeben, in meinem Fall dafür,

dass ich beruflich und anderweitig ohne sie nie das hätte erreichen können, was ich erreicht habe. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

SRB: 2018-151 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass es ihm wieder gut geht. Er ist noch nicht so leistungsfähig wie vorher, aber die Energie kommt zurück. Der Gemeinderat (GR) hat einen neuen Vize-Stadtpräsidenten bestimmt. Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette hatte in den letzten Monaten relativ viel zu tun. Turnusgemäss wäre die Wahl auf Ende Jahr gefallen. Man hat den Wechsel jedoch erst per 1. Februar 2018 vollzogen wegen der Behandlung. Ab 1. Februar 2018 bis Ende Jahr ist Gemeinderat Rappa Francesco neuer Vize-Stadtpräsident. Der Bildungscampus Burgdorf organisierte eine Informationsveranstaltung für das Quartier. Das Informationsblatt wurde dem SR heute Abend verteilt. Das Quartier soll wissen, was auf dem Gsteig passiert. Einzelne Personen waren anwesend, weil sie im Gsteig wohnen. Der Anlass ist auf grosses Echo gestossen. Die frühe Information wurde geschätzt. An der Informationsveranstaltung wurde aufgezeigt, wie es weiter geht und wie der Wettbewerb für die neuen Gebäude abläuft. Das Baugesuch für die Umnutzung des Schloss Burgdorf wurde eingereicht. Die Baubewilligung für den vorzeitigen Abbruch des Gefängnisses hat man erhalten. Dies wurde getrennt, damit beim Gefängnis, das architektonisch und denkmalpflegerisch wenig erforscht ist, genug Zeit bleibt, falls alte Knochen zum Vorschein kommen sollten. Es soll zu keinen Verzögerungen kommen. Beim Bau arbeitet man mit der Denkmalpflege zusammen. Es ist ein weiterer wichtiger Schritt beim Schloss Burgdorf.

SRB: 2018-152 | Registratur-Nr. 2.10

Friedhof 2+4, Gesamtanierung

Überarbeitete Vorlage gemäss SR-Entscheidung vom 15. Mai 2017

Verhandlung

Stadtratspräsident Ritter Michael informiert, dass es möglich ist vor der eigentlichen Beratung des Geschäftes eine Eintretensdebatte zu führen. Dies wird nur gemacht, wenn es verlangt wird. Die Eintretensdebatte wird so verlaufen, wie die eventuelle spätere materielle Debatte. Am Schluss entscheidet der Rat über das Eintreten. Der Vorsitzende stellt die Eintretensfrage.

Stadtrat Beck Daniel, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass man beim Durchlesen des Geschäftes feststellen musste, dass man mit den Anliegen vom vergangenen Mai als Stadtrat nicht ernst genommen wurden. Aus diesem Grund stellt die SVP-Fraktion den Antrag, auf das Geschäft nicht einzutreten.

Stadtratspräsident Ritter Michael teilt mit, dass vorerst nur die Eintretensfrage diskutiert wird. Bei der Eintretensdebatte kann sich zuerst der Sprecher der GPK und dann der GR äussern.

Seitens der GPK und des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Käsermann Fabian teilt mit, dass er den Friedhof und die Anlagen besucht hat. Es wäre nicht gerechtfertigt, wenn man nicht über das Geschäft diskutieren würde.

Stadträtin de Quervain Anna, namens der Grünen-Fraktion, informiert, dass es sich lohnt über das Geschäft zu diskutieren.

Stadtrat Dür Hermann, namens der FDP-Fraktion, ist der Meinung, dass man offen miteinander kommunizieren muss. Es hat sich sicherlich eine Wut gegenüber dem GR aufgestaut, aber deshalb muss man dem GR auch sagen, was verlangt wird. Deshalb soll auf das Geschäft eingetreten werden.

Abstimmung

Eintreten

Beschluss

Der Stadtrat beschliesst mit 26 Ja und 12 Nein Stimmen auf das Geschäft einzutreten.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass die GPK an ihrer ordentlichen Sitzung vom 17. Januar 2018 das vorliegende Geschäft eingehend diskutiert. Als Auskunftspersonen standen Gemeinderat Bucher Theophil, Hänsenberger Peter, Leiter Baudirektion, und Spart Alain, Leiter Stadtgrün, zur Verfügung. Die Aufgabe der GPK ist unter anderem die Vorberaterung und Vorbereitung von Stadtratsgeschäften. Das ist eine Funktion als Qualitätskontrolle und eine formelle Vorprüfung. Es ist nicht Aufgabe der GPK, die Vorlage politisch zu beurteilen. Formell liegen bei diesem Geschäft zwei Varianten vor. Soweit ist das Geschäft formell in Ordnung. Wenn man die Diskussion vom 15. Mai 2017 verfolgt hat, stellt sich die GPK die Frage, wie weit der Wille erfüllt ist, den Entscheid der gesetzgebenden Behörde und Organ umzusetzen. Das ist nicht Aufgabe der GPK, sondern des SR. Deshalb hat die GPK das Geschäft zur Beratung einstimmig an den SR überwiesen.

Gemeinderat Bucher Theophil dankt dem SR, dass man auf das Geschäft eintritt. Es ist für den GR und die Verwaltung wichtig zu wissen, wenn das Geschäft umstritten ist, warum der SR allenfalls das Geschäft zurückweist. Im Mai 2017 hat der SR die erste Vorlage zur Sanierung der Betriebsräume Friedhof und für den Neubau einer Parkierungsanlage zurückgewiesen. Ein allfälliges Kostendach wurde diskutiert, jedoch mit einer Mehrheit von 21 zu 15 Stimmen abgelehnt. An der Sitzung wurden verschiedene kreative Vorschläge und Lösungen eingebracht, wie zum Beispiel Shuttlebus, Abwärme Krematorium, Verzicht Pflanzenzucht. Gewünscht wurde insbesondere, dass der SR Varianten vorgelegt erhalte. Die Notwendigkeit der beiden Projekte, sowohl der Sanierung der Betriebsgebäude wie des Baus eines Parkplatzes, wurde hingegen nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Eine Vorlage mit Varianten hat es noch nie oder schon lange nicht mehr gegeben, der GR und die Baudirektion haben aber diesen Auftrag ernst genommen und legen dem SR eine überarbeitete Vorlage mit Variationsmöglichkeiten vor. Die Vorstellungen einer Vorlage mit Varianten sind wohl auch unterschiedlich. Da die beiden Projekte im Grundsatz nicht bestritten waren, haben der GR und die Baudirektion an den ursprünglichen Zielsetzungen festgehalten. Der GR beziehungsweise die Baudirektion wurden mit der Rückweisung beauftragt, das Projekt zu überarbeiten und Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen. Es wurde jedoch nicht verlangt, ein völlig neues Projekt auszuarbeiten. Dies wäre auch eine Möglichkeit gewesen und das hätte bedeutet, dass der GR einen neuen Projektierungskredit in der Höhe von Fr. 50'000.-- bis 100'000.-- hätte auslösen müssen. Diesen Schritt haben der GR und die Baudirektion nach Erwägung der Diskussion im SR verworfen. Die Baudirektion hat das Projekt in der Folge nochmals überprüft. Alle Projektteile wurden nochmals auf ihre Notwendigkeit hin überprüft und Sparpotentiale ausgelotet. Grundlage dafür war das bestehende Projekt und der bestehende Kostenvoranschlag, auch dieser wurde aus Kostengründen nicht neu erarbeitet. Man bewegt sich mit dem jetzigen Projektstand somit unverändert in einer Genauigkeit von +/- 15% des ersten Kostenvoranschlages. Im Juli hat die Baudirektion eine erste Auslegeordnung vorgelegt. Diese umfasste 20 Elemente, welche kritisch überprüft worden waren. Rund die Hälfte dieser Massnahmen wurden verworfen, da sie als unsinnig oder unzumutbar betrachtet wurden. Dazu gehörte zum Beispiel der vollständige Verzicht auf die Werkhalle oder den Parkplatz, den Verzicht auf den Abbruch des alten Gebäudes für die Floristik, die Ausführung des Parkplatzes mit Mergelbelag, aber auch kleinere Elemente wie der Verzicht auf die Behindertengängigkeit und -rampe, die Belüftungsanlage oder den Velounterstand. Grundsätzlich musste oder durfte man zur Kenntnis nehmen, dass die Vorlage vom letzten Jahr bereits gut ausgearbeitet und weitgehend optimiert war. Sie hatte bereits zwei Sparrunden hinter sich, das Potential für weitere Einsparungen war gering. Reduziert werden können die Kosten hauptsächlich durch Verzicht auf bestimmte Elemente oder dadurch, dass einzelne Elemente auf später zurückgestellt werden. In der Summe kommt man mit den vorgeschlagenen Elementen auf Fr. 220'000.--, das sind rund 8% der Gesamtkosten. Es ist auch für den GR nicht erfreulich, dass man bei diesem Projekt nicht ohne weiteres viel mehr sparen kann. Der GR ist im Dezember nach eingehender Analyse der Fakten zum Schluss gekommen, dass es nach wie vor richtig wäre, beide Projekte mehr oder weniger wie ursprünglich vorgesehen zu realisieren. Es

braucht den Parkplatz und die Sanierung der alten Gebäude. Die möglichen Einsparungen gehen an die Substanz oder bedeuten die Verschiebung notwendiger Arbeiten auf später, mit voraussichtlich höheren Folgekosten. Beides erachtet der GR nicht als sinnvoll. Es ist richtig, dass wir die Gesamtinvestitionen und die Schuldenentwicklung im Auge behalten müssen. Der GR hat deshalb in seiner Legislaturplanung einen Selbstfinanzierungsgrad von 50% über die gesamte Legislatur zum Ziel gesetzt. An diesem Ziel wird nicht gerüttelt, auch wenn dieses grosse Projekt für sich alleine dieses Ziel nicht erreicht. Schulden sind eine Belastung für die künftige Generation, genauso belastend ist jedoch die Verschiebung von notwendigen Sanierungen auf später oder der Verzicht auf wichtige Investitionen, welche zum Beispiel der Sicherheit, zum Beispiel der Verkehrssicherheit, dienen. Es wird hier eine Anlage saniert, welche 1933, vor 85 Jahren, erstellt worden ist. Heute arbeiten in dieser Anlage viel mehr Personen als damals, Männer und Frauen und es wird mit ganz anderen Gerätschaften gearbeitet. In all den Jahren hatte man nur improvisierte Lösungen für die Gerätschaften. In Burgdorf leben fast 65% mehr Menschen, 16'200 gegenüber 9'800. Die Trauernden kommen nicht mehr zu Fuss oder mit dem Fahrrad wie einst und die Zahl der Bestattungen hat markant zugenommen, trotz steigender Lebenserwartungen. Und schliesslich betreiben wir hier eines der wenigen Krematorien im Kanton Bern, das eine wichtige Funktion hat und auch ein wichtiger Ertragspfeiler darstellt, das einen Ertrag von über einer halben Million Franken jährlich erwirtschaftet. Der GR schlägt zum Vorgehen heute Abend folgende Anpassungen vor, in Abänderung des Antrages in der Stadtratsvorlage. Über die beiden Projekte wird getrennt beziehungsweise über jeden Antragspunkt einzeln abgestimmt. Das ist möglich, weil es sich bei den beiden Teilprojekten einerseits um Gelder aus unterschiedlichen Kassen handelt und andererseits um zwei Teilprojekte, welche zeitlich und inhaltlich unabhängig voneinander realisiert werden können. Der Variantenfächer für den SR erweitert sich dadurch faktisch. Es ist denkbar, heute nur einen der beiden Teilkredite zu beschliessen und das andere Teilprojekt an den GR zurückzuweisen. In diesem Fall würde das abgelehnte Projekt von Grund auf neu in Angriff genommen, mit einem entsprechenden Projektierungskredit, den der GR beschliessen müsste. Aus demokratiepolitischen Gründen will der GR, dass auch das Teilprojekt Parkplatz dem Referendum unterliegt. Wichtig ist der Punkt 5. Wenn beide Kredite gutgeheissen werden, benötigt es als nächsten Schritt einen Entscheid zum Gesamtkredit, damit das gesamte Projekt und nicht nur die Sanierung dem Referendum unterliegt.

Neuformulierung Anträge

1. Der Stadtrat entscheidet über die Varianten für den Neubau des Parkplatzes einerseits bzw. für die Umbauten andererseits.
2. Er stimmt dem Kredit für das Teilprojekt "Umbau und Erweiterung Betriebsgebäude Friedhof" in der Höhe von Franken zu (Sachgruppen-Nr. 5040.01 Hochbauten, Kostenstellen-Nr. 7010.5040.08 Umbau und Erweiterung Betriebsgebäude Friedhof).
3. Er stimmt dem Kredit für das Teilprojekt "Neubau Parkierungsanlage Friedhof" in der Höhe von Franken aus dem Parkplatzfonds zu (Sachgruppen-Nr. 5010.04 Parkplätze, Kostenstellen-Nr. 3210.5010.03 Neubau Parkierungsanlage Friedhof).
4. Die Kreditbeschlüsse gemäss Ziffer 2 und 3 unterliegen dem fakultativen Referendum.
5. Der Nachkredit zur Projektierung im Betrag von CHF 53'552.00 wird bewilligt.
6. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Stadträtin de Quervain Anna, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass man das Geschäft ausführlich diskutiert hat. Die Notwendigkeit der Sanierung ist ersichtlich und eine Verbesserung der heutigen Zustände ist klar. Nach den Ausführungen von Gemeinderat Bucher Theophil und Spart Alain, Leiter Stadtgrün, an der Fraktionssitzung, dafür dankt man den beiden, ist man der Meinung, dass das bestehende geplante Projekt nicht weiter optimiert werden kann. Trotzdem ist man mit der Vorlage des GR nicht zufrieden, weil die aufgeführten Varianten nicht wirkliche Varianten sind. Die Einsparungen bei der Variante 1 sind sehr gering und bei Variante 2 vor allem aus Rückstellungen entstanden oder durch Sachen, die später erfolgen müssen. Aus diesem Grund wird ein anderes Vorgehen bevorzugt, nämlich die Aufteilung der Teilprojekte Sanierung und Neubau. Wie von Gemeinderat Bucher Theophil mitgeteilt, können die Teilprojekte zeitlich und inhaltlich unabhängig voneinander realisiert werden. Nach den Ausführungen von Spart Alain ist man der Ansicht, dass der Sanierungsteil aufgrund der Gegebenheiten und Vorschriften kaum viel günstiger ausfallen kann. Beim Neubau des Parkplatzes gibt es nach Meinung der Grünen-Fraktion mehr Optimierungspotenzial. Die Kosten für den Neubau kombiniert mit der Tatsache, dass eine Reduktion auf 23 Parkplätze das aktuelle Parkierproblem nur teilweise

entschärft, ist nicht verhältnismässig. Im Fall einer Aufteilung wird die Grünen-Fraktion der Sanierung gemäss Variante 1 zustimmen und sich gegen einen Neubau der Parkplätze aussprechen. Die Aufteilung der beiden Teilprojekte erlaubt es, die Ausgaben zu etablieren und die Kosten für den Parkplatz zu überprüfen oder neu zu planen. Dies bei tieferen Planungskosten, weil man nicht das Gesamtprojekt ablehnen muss. Die prekären Verhältnisse für die Mitarbeitenden können in der Zwischenzeit behoben werden.

Stadtratspräsident Ritter Michael teilt mit, dass die Grünen-Fraktion einen Antrag vorgelegt hat, der die Aufteilung der beiden Teilprojekte verlangt. Nach Auffassung des Vorsitzenden ist dieser identisch mit dem Antrag des GR.

Stadträtin de Quervain Anna, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass der eingereichte Antrag damit hinfällig wird.

Stadtrat Wyss Christoph möchte von Stadtschreiber Schenk Roman wissen, wie es rechtlich aussieht, wenn wir an der Sitzung neue Anträge vom GR vorgelegt erhalten. Dieses Vorgehen ist neu und nicht ganz klar.

Stadtschreiber Schenk Roman informiert, dass in diesem Fall mehrere Ziffern eines Antrages vorhanden sind. Laut Stadtratsreglement kann jedes Ratsmitglied oder der GR an der Sitzung verlangen, dass man einzeln über die Ziffern abstimmt. Das ist auch die Grundlage hier. Man hat bereits die Aufteilung der Projekte auf die Ziffern vorgelegt. Inhaltlich ändert sich daran nichts. Man nimmt im Prinzip die Anträge auf und stimmt gemäss den Ziffern ab.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass man es als sinnvoll erachtete und bereits zu Beginn der Debatte darüber informierte. Man hätte auch warten können, ob ein entsprechender Antrag aus dem Rat erfolgt. Das war auch der Fall und der Ablauf ist klar.

Stadtrat Greisler Yves, namens der BDP-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die Ausarbeitung der Vorlage. Die BDP-Fraktion hat das Projekt Friedhof 2+4 erneut intensiv analysiert und diskutiert. Die BDP-Fraktion dankt Gemeinderat Bucher Theophil und Spart Alain für ihre Ausführungen und Erläuterungen sowie die Diskussion anlässlich der Fraktionssitzung im Vorfeld zur heutigen Sitzungen. Es ist unbestritten, dass eine Sanierung nötig ist und der Zustand für die Mitarbeitenden verbessert werden muss. Die massiven Überschreitungen der Projektierungskosten deuten darauf hin, dass man das Projekt unterschätzt hat und nicht mit der nötigen Sorgfalt ausgearbeitet wurde. Wichtige Fragen zur Kostensenkung hat man im Vorfeld nicht konsequent geprüft. Zudem ist der Auftrag des SR zur Ausarbeitung einer echten Variante nicht richtig umgesetzt. Weder die Variante 1 noch Variante 2 entsprechen einer vernünftigen Lösung. Aus diesen Gründen wird die BDP-Fraktion die Vorlage ablehnen.

Stadtrat von Arb Peter, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass der SR das Geschäft am 17. Mai 2017 eingehend debattiert hat. Im Protokoll steht, dass der SR mit 29 Ja und 1 Nein Stimmen bei 7 Enthaltungen dem Rückweisungsantrag der SP-Fraktion zustimmt. Stadtrat von Arb Peter hat sich damals persönlich dafür eingesetzt, dass es ohne Kostendach zum Tragen kommt. Heute muss man jedoch sagen, dass man vom GR und der Verwaltung enttäuscht ist, weil dem SR eine Variante 1 vorgelegt wird, die ein Sparpotenzial von rund einem Prozent ausweist. Die Fr. 27'000.-- bei einer Gesamtsumme von zirka 2.5 Mio. Franken gehen dabei unter in der Kostengenauigkeit von +/-15%, was rund Fr. 378'750.-- ausmacht. Es ist störend, dass das Signal nicht aufgenommen wurde. Man war überzeugt, dass das Signal im Mai 2017 klar gegenüber dem GR und der Verwaltung geäussert wurde. Die SP-Fraktion hat das vorliegende Geschäft intensiv diskutiert. Die Varianten wurden auseinander genommen und festgestellt, dass es nicht substantielle Varianten sind. Das Sparpotenzial bei der Variante 2 von 8% ist eigentlich keine Einsparungen, sondern das Ganze wird verschoben und Sachen werden zurückgestellt. Die Sachen, die zurückgestellt werden, müssen zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden. Wenn man baut, sollte man es auch richtig machen. Die Halbierung der Parkplätze ist nicht sinnvoll, weil die Anfahrt ziemlich teuer ist und der Abbruch der Gebäude ebenfalls relativ teuer zu stehen kommt. Somit sieht man dies nicht als zielführende Variante. An der Fraktionssitzung hat Gemeinderat Bucher Theophil und Spart Alain teilgenommen. Den beiden Herren wird für ihre Arbeit

gedankt. An der Fraktionssitzung wurde intensiv diskutiert und Fragen beantwortet sowie die offenen Punkte geklärt. Schlussendlich hat sich eine knappe Mehrheit der SP-Fraktion für die Variante 1 ausgesprochen. Es wird aber auch Enthaltungen und Ablehnungen geben. Die SP-Fraktion ist auch dafür, dass die Anträge aufgeteilt werden, weil es unterschiedliche Meinungen zur Sanierung des Betriebsgebäudes sowie zur Parkplatzanlage gibt. Das Vorgehen ist zielführend und gut. Die SP-Fraktion bittet um eine kurze Pause nach der Beratung. Seit der Fraktionssitzung sind zudem einige Informationen dazu gekommen. Für Stadtrat von Arb Peter ist persönlich bereits klar, wie er entscheiden wird. Die Sanierung der Betriebsgebäude ist notwendig, aber er ist gegen den geplanten Parkplatz. Er kann dies auf der grünen Wiese nicht unterstützen.

Stadtratspräsident Ritter Michael teilt mit, dass die Pause erst nach der Umfrage im Rat erfolgen wird.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, informiert, dass man es so nicht erwartet hat. Das gleiche Projekt, das der SR in aller Deutlichkeit im Mai 2017 zurückgewiesen hat, liegt nun 9 Monate später ohne wirkliche Einsparungen und Alternativen wieder vor mit nur maximaler Kostenersparnis von 8.3%. Das ist in etwa so, wie wenn man im Restaurant ein Fleisch medium bestellt und es saignant erhält, es wieder zurückgibt und beim zweiten Mal erhalten wir es wieder saignant. Das verdirbt einem den Appetit. Im Detail wird man gar nicht auf die Vorlage eingehen. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass aus dem Protokoll vom Mai 2017 ganz klar der Auftrag herausging, dass neue Alternativen ausgearbeitet werden müssen und dies vor allem kostengünstiger. Man hätte nach kreativen Lösungen suchen sollen sowie die Aufgaben und Synergien der Friedhofstruktur überdenken, untersuchen und überprüfen sollen. Im vorliegenden Bericht kann entnommen werden, dass zwar Massnahmen zu Kosteneinsparungen überprüft, aber sogleich wieder verworfen wurden. Man war der Meinung, dass diese nicht zumutbar und betrieblich notwendig oder unumgänglich ist. Dem SR liegt tatsächlich vom gesamt GR eine Empfehlung vor, die Annahme von Variante 1 mit einer Kostenungenauigkeit von +/- 15% und einem Ersparnis von 1%. Da fragt man sich schon, wo das Gespür vom damaligen und heutigen Geschäft liegt. Als SR fühlt man sich bei diesem Geschäft nicht ernst genommen. Weiter kommt dazu, dass man den Mitarbeitenden im Friedhof, die unbestritten einen guten Job machen, einen Bärendienst erwiesen hat, da keine echte Alternative vorgelegt wurde. Die FDP-Fraktion hat nie bestritten, dass die Infrastrukturen in Sachen Gebäude und Parkplätze dringend saniert werden sollen. Wir müssen auch lernen umzudenken und die Ansprüche an die Infrastrukturbauten der öffentlichen Hand kostengünstig und auch projektbezogen festzulegen. Die FDP-Fraktion wird den Antrag des GR ablehnen.

Stadtrat Meier Marcel, namens SVP-Fraktion, schliesst sich vollumfänglich, vor allem den bürgerlichen Vorrednern an. Man ist jedoch vehement dagegen und warnt davor, die Geschäfte zu trennen. Es ist klar, dass die Grünen und die linke Seite taktische Morgenluft wittern für einerseits die Sanierung unter Dach zu bringen und andererseits die unliebsamen Parkplätze zu bekämpfen, so dass man am Schluss die Parkplätze gar nicht mehr bauen muss. Wenn wir das Geschäft heute aufteilen, werden wir am Schluss einen sanierten Friedhof haben und entweder die vorgeschlagene Anzahl Parkplätze oder eventuell ein bisschen weniger. Unter dem Strich mit der getrennten Realisation würde das Projekt viel mehr kosten als jetzt und man hätte eventuell noch weniger Parkplätze. Die SVP-Fraktion will klar eine günstigere Variante über alles und nicht nur, dass Teile weggelassen werden.

Stadtratspräsident Ritter Michael teilt mit, dass man sich gegen die punktweise Abstimmung nicht wehren kann, weil es jeder im Rat verlangen kann.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man Stimmfreigabe beschlossen hat. Das Geschäft wurde kontrovers diskutiert. Die GLP-Fraktion war enttäuscht über die Vorlage und hat sich über den GR aufgeregt. Es gibt gute Gründe die Vorlage abzulehnen, wie bereits erwähnt wegen zu wenig Einsparungen, das gleiche Projekt nochmals, zu wenig Gespür zeigen und nicht von Grund auf überprüft. Es gibt aber auch Gründe für die Annahme der Vorlage und zwar wegen den erneut anfallenden Projektkosten und es besteht die Gefahr, dass zwar eine billige, aber nicht kostengünstige Variante kommt. Es besteht zudem die Gefahr, dass sich der Rat formalistisch verhält und sagt, so nicht, dies aus Prinzip und weil man nicht wieder die gleiche Vorlage will. Schlussendlich hat die GLP-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen. Egal wie das Resultat ausgehen wird, rechnet man damit, dass das Versprechen des GR mit der 50%-igen Selbstfinanzierung auch wirklich eingehalten wird. Auf die

+/-15% Reserven, die im optimalen -20% bedeuten, muss hingearbeitet werden, falls es angenommen wird.

Stadträtin Cottier-Rupp Franziska teilt mit, dass das Gebäude seit 85 Jahren existiert und bereits zweimal abgeschrieben ist. Eigentlich hätte man das Gebäude bereits vor 30 Jahren renovieren sollen. Man hat es nicht gemacht und schiebt es seither vor sich her. Es ist unklar, was es früher für ein SR war. Gemeinderat Bucher Theophil und Spart Alain haben an allen Fraktionssitzungen teilgenommen und es konnten Fragen gestellt werden. Spart Alain hat zum Beispiel ein grosses Lob erfahren, als es darum ging die Kreditabrechnung Friedhof Gemeinschaftsgrab und Nischenanlage vom 12. Dezember 2016 zu genehmigen, unter anderem auch weil es weniger gekostet hat. Der Friedhof wird rege besucht, ist für Burgdorf ein Erfolg und soll etwas anbieten können. Stadträtin Cottier-Rupp Franziska hat mit den Friedhofgärtnern gesprochen. Falls das Projekt abgelehnt wird, müsste das Geschäft neu projektiert werden und das bedeutet, dass es nochmals ein bis zwei Jahre dauert bis ein neues Projekt zur Abstimmung gelangt. Die Friedhofgärtner haben über die Zustände erzählt, unter anderem von dem gemeinschaftlich benütztem WC. Es ist ziemlich unzumutbar. Auf der anderen Seite sind sie besorgt darum, weil der Werkhof nicht gedeckt ist, dass Sachen gestohlen werden oder aber der Witterung ausgesetzt sind. Deshalb wird der SR gebeten, vorwärts zu machen. Es gibt keine Einsparmöglichkeiten. Der SR wird gebeten, dies in der Pause nochmals zu diskutieren. Man soll an die Menschen und das Material denken. Es muss unbedingt vorwärts gemacht werden.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass 1894 im Rodel, die immer noch im Besitz der Friedhofsverwaltung ist, festgehalten ist, dass damals die erste Bestattung auf dem heutigen Areal stattgefunden hat. Vorher wurden die Burgdorferinnen und Burgdorfer beim Ententeich beerdigt. Platzmangel hat den Ausschlag gegeben, dass sich die Behörden damals entschieden haben, den Friedhof ausserhalb der Stadt auf das freie Feld zu verlegen. Mehr als 120 Jahre später entscheiden wir heute Abend über die notwendige, grosse und längerfristige Investition zugunsten des besonderen Ortes, und unterdessen Teil eines Wohnquartieres und den Menschen, die dort ein- und ausgehen. Im letzten Jahr hat es zum Beispiel 150 Beerdigungen gegeben und es arbeiten Leute tagtäglich dort. Stadträtin Liechti-Lanz Esther hat im November an der Begehung teilgenommen. Es waren vier Stadtratsmitglieder und Stadtratspräsident Wyss Christoph anwesend. Die Begehung war sehr eindrücklich. Hänsenberger Peter, Leiter Baudirektion, und Spart Alain standen für Fragen zur Verfügung. Man konnte auch Sparvorschläge diskutieren. Es war eine wertvolle und direkte Begehung. Zudem konnten Fragen geklärt werden. Die EVP wird der Variante 1 zustimmen.

Stadträtin de Quervain Anna, namens der Grünen-Fraktion, antwortet auf das Votum von Stadtrat Meier Marcel. Die Grünen gelten zurecht nicht als die grossen Förderer von Parkplätzen. Hier geht es aber vor allem darum, das fast eine Million Franken für Parkplätze übertrieben ist und es günstigere Möglichkeiten gibt. Dies ist auch die Meinung von anderen.

Stadtrat Käsermann Fabian teilt mit, dass er dem Geschäft zustimmen wird. Man kann nicht früher darüber monieren, dass die Stadt Burgdorf nicht in den Unterhalt der Gebäude investiert und das Energieleitbild nicht einhält. Deshalb ist die Einsparung von Fr. 50'000.-- für eine moderne Heizung nicht gut, weil man in Zukunft mehr ausgeben muss, wenn die Gasheizung ersetzt werden muss. Bei den Parkplätzen kann man darüber sprechen. Es braucht wahrscheinlich Parkplätze bei einer Modernisierung. Beim Steinhof hat es relativ viele Parkplätze, die relativ nahe sind. Für die Stadt Burgdorf als Arbeitgeber sind die Bedingungen für die Mitarbeitenden im Moment nicht mehr konform. Stadtrat Käsermann Fabian wird der Variante 1 zustimmen.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass viele wichtige Sachen bereits gesagt wurden. Im November fand die Begehung des Friedhofs statt. Es war sehr wertvoll, jedoch schade, dass nicht mehr Mitglieder des SR teilgenommen haben. Der Termin war vielleicht nicht so ideal, aber aufgrund der Jahreszeit musste die Begehung während dem Tageslicht durchgeführt werden. Mitglieder des SR haben sich die Situation vor Ort angeschaut und mit den Mitarbeitenden gesprochen. Wenn Entscheide gefällt werden, die für die Stadt Burgdorf und die Mitarbeitenden vital sind, ist es wichtig, sich möglichst objektive und realistische Bilder zu machen. Gemeinderat Bucher Theophil hat die Gelegenheit viel mehr wahrnehmen dürfen als früher als SR. Im Nachhinein wäre man froh gewesen, wenn man sich die Zeit hätte nehmen können. Gemeinderat Bucher Theophil dankt den Parteien, dass er und Spart Alain an

den Fraktionssitzungen teilnehmen konnten. Der GR war sich bewusst, dass es nicht einfach sein wird ein Projekt vorzulegen, das nur eine Variante enthält. Man spricht auch nicht davon, dass die Variante 1 eine Variante zum ursprünglichen Projekt ist. Es handelt sich um das Grundprojekt, weil der GR zur Überzeugung gekommen ist, dass die Vorlage eigentlich richtig ist und man nur Sachen wegsparen kann, die letztlich trotzdem irgendwann umgesetzt werden müssen. Es gibt im Wesentlichen nur eine Variante, aber mit Variationsmöglichkeiten, wenn man nicht alles aus dieser Variante als Einsparung realisieren möchte. Es gibt ein Grundprojekt und dazu die Varianten 1 und 2. Aus der Debatte geht hervor, dass nicht Varianten, sondern verschiedene alternative Projekte gewünscht sind. Die Umsetzung eines Projektwettbewerbes ist Sache der operativ tätigen Baudirektion. Dieses Vorgehen ist auch immer eine Kostenfrage. Beim Eintretensvotum hat Gemeinderat Bucher Theophil erklärt, dass dieses Vorgehen aus Kostengründen nicht gewählt wurde, was vielleicht ein Fehler war. Man hat im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten versucht, Projektoptimierungen aufzuzeigen. In den Fraktionssitzungen ist die Frage aufgetaucht, warum nicht neu gebaut wird, ob dies nicht günstiger wäre. Man hat dies in der frühen Planungsphase besprochen, aber dies nicht mehr weiterverfolgt, weil einerseits eine gute Bausubstanz vorhanden ist und andererseits müsste ein Neubau zwingend nach Minergiestandard ausgeführt werden, was per se teurer wird. Ein Neubau wäre viel teurer zu stehen gekommen und deshalb ist man davon abgekommen. Man hat sich zum Projekt viele Gedanken gemacht. In den Voten wurde gesagt, dass in der frühen Planungsphase schlecht gearbeitet wurde. Dass jetzt nicht mehr viel optimiert werden kann, ist eigentlich ein Hinweis darauf, dass man gut gearbeitet hat. Dadurch resultieren auch hohe Projektierungskosten. Am Anfang hat man auch andere Projekte beim Parkplatz angeschaut. Ursprünglich wurde der Parkplatz auf dem Heubach-Areal vorgesehen. Das Areal wurde jedoch zugunsten der Überbauung frei gegeben. Die Zufahrt Bernstrasse wurde ebenfalls überprüft. Man hat jedoch gesehen, was dies alles nach sich ziehen würde wie zum Beispiel die Verlegung der Friedhofmauer, Exhumation oder Stützmauer gegen BLS Bahnlinie. Am Standort ist es tatsächlich nicht einfach Parkplätze zu realisieren. Man hat gewisse Einschränkungen wegen der örtlichen Gegebenheit. Man hat den Fächer bereits in einer frühen Phase breit aufgemacht, was man aber in den letzten Monaten nicht erneut gemacht hat.

PAUSE

Stadtrat Dür Hermann, namens der FDP-Fraktion, hat eine Verständnisfrage zum Abstimmungsprozedere und möchte wissen, ob der eingereichte Antrag des GR dem Antrag in der Stadtratsvorlage gegenübergestellt werden muss oder nicht.

Stadtratspräsident Ritter Michael informiert über das Abstimmungsprozedere. Zuerst wird der ursprüngliche Antrag des GR der vorliegenden neuen Formulierung gegenübergestellt. Der materielle Unterschied besteht darin, dass es nach dem ursprünglichen Antrag nur zwei Varianten gibt und zwar Variante 1 und 2. Bei der Vorlage mit der neuen Formulierung gibt es die Variante 1 für das Teilprojekt Parkplatz und Teilprojekt Sanierung sowie die Variante 2 für das Teilprojekt Parkplatz und Teilprojekt Sanierung. Bei der Abstimmung geht es darum, ob man zwei oder vier Varianten möchte. Über die Anträge wird, auch weil es verlangt wurde, einzeln abgestimmt.

Stadtrat Dür Hermann ist mit der Erklärung teilweise befriedigt und verwirrt.

Stadtratspräsident Ritter Michael teilt mit, wie die Abstimmung erfolgen wird. Zuerst wird der ursprüngliche Antrag des GR dem neu formulierten Antrag des GR gegenübergestellt. Im Anschluss erfolgt in jedem Fall eine Variantenabstimmung. Beim ursprünglichen Antrag gibt es Variante 1 und 2. Beim neu formulierten Antrag gibt es die Variante 1 versus 2 für Parkplatz und Sanierung. Wenn die Variantenabstimmungen erfolgt sind, wird über die bereinigten Anträge einzeln abgestimmt. Wenn Einwände zum Abstimmungsprozedere sind, müssten diese jetzt erfolgen.

Stadtrat Rössler Andreas möchte wissen, wie mit dem Antrag von Stadträtin de Quervain Anna betreffend der punktweise Abstimmung umgegangen wird.

Stadtratspräsident Ritter Michael teilt mit, dass dieser Antrag jedem Stadratsmitglied zusteht. Über die Anträge wird so oder so einzeln abgestimmt.

Abstimmung

Anträge gemäss Stadtratsvorlage:

1. Der Stadtrat entscheidet über die Sanierungsvariante 1 oder 2.
2. Er stimmt dem entsprechenden Kredit gemäss Abschnitt 7 (Kolonne „Kreditbedarf“) zu.
3. Die Finanzierung für das Teilprojekt "Neubau Parkierungsanlage Friedhof" in der Höhe der bewilligten Variante (gemäss Antrag 2) aus dem Parkplatzfonds wird zugestimmt (Sachgruppen-Nr. 5010.04 Parkplätze, Kostenstellen-Nr. 3210.5010.03 Neubau Parkierungsanlage Friedhof).
4. Die Finanzierung für das Teilprojekt "Umbau und Erweiterung Betriebsgebäude Friedhof" in der Höhe der bewilligten Variante (gemäss Antrag 2) wird zugestimmt (Sachgruppen-Nr. 5040.01 Hochbauten, Kostenstellen-Nr. 7010.5040.08 Umbau und Erweiterung Betriebsgebäude Friedhof).
5. Der Nachkredit zur Projektierung im Betrag von CHF 53'552.00 wird bewilligt.
6. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Neuformulierung Anträge

1. Der Stadtrat entscheidet über die Varianten für den Neubau des Parkplatzes einerseits bzw. für die Umbauten andererseits.
2. Er stimmt dem Kredit für das Teilprojekt "Umbau und Erweiterung Betriebsgebäude Friedhof" in der Höhe von Franken zu (Sachgruppen-Nr. 5040.01 Hochbauten, Kostenstellen-Nr. 7010.5040.08 Umbau und Erweiterung Betriebsgebäude Friedhof).
3. Er stimmt dem Kredit für das Teilprojekt "Neubau Parkierungsanlage Friedhof" in der Höhe von Franken aus dem Parkplatzfonds zu (Sachgruppen-Nr. 5010.04 Parkplätze, Kostenstellen-Nr. 3210.5010.03 Neubau Parkierungsanlage Friedhof).
4. Die Kreditbeschlüsse gemäss Ziffer 2 und 3 unterliegen dem fakultativen Referendum.
5. Der Nachkredit zur Projektierung im Betrag von CHF 53'552.00 wird bewilligt.
6. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 20 zu 17 Stimmen bei 1 Enthaltung den neuformulierten Anträgen zu.

Ziffer 1

Variante 1

Parkierungsanlage mit 41 PP inkl. Erschliessung	KV Giraudi und Partner Architekten AG ± 15% und 5% Reserve, inkl. MwSt.	Ersparnis inkl. 5% Reserve	Kreditbedarf
1. Neubau Parkierungsanlage mit 41 PP inkl. Erschliessung	956'000.00		956'000.00
2. Schwarzbelag bei Velounterstand		3'000.00	-3'000.00
Total Parkierungsanlage	956'000.00	3'000.00	953'000.00

Umbau und Erweiterung Friedhof 2+4 (Vollvariante)	KV Giraudi und Partner Architekten AG ± 15% und 5% Reserve, inkl. MwSt.	Ersparnis inkl. 5% Reserve	Kreditbedarf
1. Grundausrüstung	1'596'000.00		1'596'000.00
2. Verzicht Rankgerüste		24'000.00	-24'000.00
Total Friedhof 2+4	1'596'000.00	24'000.00	1'572'000.00
Total Gesamtprojekt inkl. Parkierung	2'552'000.00	27'000.00	2'525'000.00

Variante 2

Parkierungsanlage mit 23 PP inkl. Erschliessung	KV Giraudi und Partner Architekten AG ± 15% und 5% Reserve, inkl. MwSt.	Ersparnis inkl. 5% Reserve	Kreditbedarf
1. Neubau Parkierungsanlage mit 41 PP inkl. Erschliessung	956'000.00		956'000.00
2. Schwarzbelag bei Velounterstand		3'000.00	-3'000.00
3. Reduktion 41 PP auf 23 PP		65'000.00	-65'000.00
Total Parkierungsanlage	956'000.00	68'000.00	888'000.00

Umbau und Erweiterung Friedhof 2+4	KV Giraudi und Partner Architekten AG ± 15% und 5% Reserve, inkl. MwSt.	Ersparnis inkl. 5% Reserve	Kreditbedarf
1. Grundausrüstung	1'596'000.00		1'596'000.00
2. Verzicht auf Rankgerüste		24'000.00	-24'000.00
3. Reduktion der Werkhalle		15'000.00	-15'000.00
4. Schwarzbelag vor Werkhalle		15'000.00	-15'000.00
5. Verzicht auf neue Heizung		50'000.00	-50'000.00
6. Verzicht auf die Sanierung des öffentlichen WCs		40'000.00	-40'000.00
Total Friedhof 2+4	1'596'000.00	144'000.00	1'452'000.00
Total Gesamtprojekt inkl. Parkierungsanlage	2'552'000.00	212'000.00	2'340'000.00

Beschluss

Teilprojekt Umbau und Erweiterung Betriebsgebäude

Variante 1: einstimmig

Variante 2: -

Teilprojekt Neubau Parkierungsanlage

Variante 1: einstimmig

Variante 2: -

Ziffer 2

Er stimmt dem Kredit für das Teilprojekt "Umbau und Erweiterung Betriebsgebäude Friedhof" in der Höhe von 1'572'000.00 Franken zu (Sachgruppen-Nr. 5040.01 Hochbauten, Kostenstellen-Nr. 7010.5040.08 Umbau und Erweiterung Betriebsgebäude Friedhof).

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Kredit mit 17 Ja und 18 Nein Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

Ziffer 3

Er stimmt dem Kredit für das Teilprojekt "Neubau Parkierungsanlage Friedhof" in der Höhe von 953'000.00 Franken aus dem Parkplatzfonds zu (Sachgruppen-Nr. 5010.04 Parkplätze, Kostenstellen-Nr. 3210.5010.03 Neubau Parkierungsanlage Friedhof).

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Kredit mit 5 Ja und 24 Nein Stimmen bei 9 Enthaltungen ab.

Ziffer 4

Die Abstimmung zu Ziffer 4 betreffend fakultativem Referendum ist gegenstandslos.

Ziffer 5: Der Nachkredit zur Projektierung im Betrag von CHF 53'552.00 wird bewilligt.

Ziffer 6: Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 21 Ja und 15 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen die Ziffern 5 und 6.

SRB: 2018-153 | Registratur-Nr. 1.10.1000.72

Postulat GLP-Fraktion betreffend Förderung von E-Ladestationen für Elektrofahrzeuge in Burgdorf

Verhandlung

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass die Förderung von Elektromobilität seit langem ein Thema ist und für den GR ein wichtiges Anliegen darstellt. In der Plattform Energiestadt werden verschiedenen Anlässe und Massnahmen mit diesem Anliegen gefördert. Burgdorf hat zudem eine sehr lange Geschichte in der Förderung der Elektromobilität. Dies zwar nicht unbedingt in der automobilen Elektromobilität, das vor allem im Vordergrund steht. Die E-Bikes gelten als Vorläufer der neuen Entwicklung und werden seit gut 20 Jahren im Rahmen der Fussgänger- und Velomodellstadt im Hauslieferdienst eingesetzt. Burgdorf hat zudem ein E-Bike-Verleih und ist eine wichtige Station der Herzroute. Alt Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth hat lange dafür gekämpft, dass die Herzroute, welche früher in Lützelflüh war, nach Burgdorf kommt. Vor einem Jahr wurden die E-Cargo-Bikes lanciert. Am Runden Tisch, der nächste findet Ende Monat statt, wurden solche Diskussionen ebenfalls aufgenommen. Es ist richtig, dass es in Burgdorf eher wenige, im Vergleich zu anderen Städten, öffentlich zugängliche E-Ladestationen gibt. Die ersten wurden im letzten Herbst am Bahnhof eröffnet. Einer mit einem E-Mobility-Fahrzeug und einen, der öffentlich zugänglich ist. Gemeinderat Bucher Theophil hat dort noch nie ein Fahrzeug gesehen, obwohl er dort täglich ein- und ausgeht. In der Tiefgarage der Migros sind mehrere Stationen geschaffen worden und Schritt für Schritt kommen neue Angebote dazu. Es stellt sich die Frage, ob es sich bei den Ladestationen um eine öffentliche Aufgabe oder private Angelegenheit handelt. Beim nächsten Anlass vom 27. Februar 2018 werden selbstfahrende Elektrofahrzeuge das Thema sein. Diese Fragen sind heute noch schwierig zu beantworten. Umso wichtiger ist, dass man mit der Mobilitätsstrategie, die ein Legislaturziel darstellt,

solche Fragen vertieft nachgehen will. Die Mobilitätsstrategie will man in diesem Jahr starten und die Fragen aufnehmen. Der GR beantragt deshalb, das Postulat anzunehmen.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea teilt mit, dass der Tod uns alle betrifft und dort haben wir jetzt gerade gespart. Die Elektrofahrzeuge betreffen die oberen Zehntausend. Mit dieser schnippischen Bemerkung ist klar, dass man dem Postulat eher kritisch gegenübersteht. Im Leitbild der Stadt Burgdorf setzt sich Burgdorf als Strategie das Verkehrsangebot zu optimieren. In der Legislaturplanung bei der Strategie 7 *Verkehrsangebot optimieren* steht, dass Burgdorf eine optimale Anbindung an die Hauptstadregion Schweiz und einen Ausbau der Knotenfunktion im Emmental anstrebt. Ihr Status als Stadt des öffentlichen Verkehrs und des Fuss- und Veloverkehrs wird gefestigt und regional erweitert. Weiter unten steht noch, dass die Stadt mithilft, dass sowohl Burgdorf wie die Region auf der Strasse gut erschlossen sind. Unter Berücksichtigung der finanziellen Mittel der Stadt Burgdorf und in Anbetracht dessen, dass die Strassen bereits heute überlastet sind, sieht man in der Stossrichtung des Leitbildes den dringenderen Handlungsbedarf als in der Bereitstellung von Elektroladestationen durch die Stadt und städtischen Gesellschaften oder in der Regulierung des Angebotes durch die Stadt. Von ökologischer Seite betrachtet man den elektrischen Individualverkehr skeptisch. Während bei Benzin und Diesel jedem klar ist, dass dieser Schadstoffe verursacht, wird vielfach ausgeblendet, dass auch die Erzeugung von Strom die Umwelt belastet. Beispielsweise der Abbau von Uran oder der importierte Kohlestrom im Winter. Zudem ist das Bereitstellen oder das Subventionieren von Tankstellen, egal ob fossil oder elektrisch, nicht städtische Aufgabe. Das Postulat verlangt an dieser Stelle lediglich einen Bericht. Da man aber auch aus einem solchen Bericht folgende konkrete Massnahmen eher ablehnt, wird ein Zeichen gesetzt, um die Verwaltung nicht mit teurer Arbeit zu belasten. Deshalb wird das Postulat abgelehnt. Obwohl die Stromerzeugung beim elektrischen öffentlichen Verkehr gleich problematisch ist, wird der öffentliche Verkehr aufgrund der besseren Effizienz nicht in denselben Topf geworfen und deshalb wird die von Gemeinderat Bucher Theophil geäusserte Absicht, die Option von Elektrobussen zu prüfen, unterstützt. Die Parteikollegin von Stadträtin Bossard-Jenni Tabea wird anders abstimmen.

Stadtrat Schärff Philipp, namens der GLP-Fraktion, ist erfreut über die positive Grundhaltung des GR bezüglich Förderung von E-Ladestationen für Elektrofahrzeuge. Dies ist vielleicht mit der Vorgeschichte von Burgdorf zu erwarten gewesen. Der Dank für die fundierte Antwort geht an den Verfasser. Die vorgeschlagene Integration des Anliegens in das zukünftige, noch auszuarbeitende Mobilitätskonzept, ist ein guter Weg. Das ist auch eine logische Folge, wenn man die Bemühungen der Stadt Burgdorf im Jahr 2017 bezüglich E-Mobilität sieht. Stadtrat Schärff Philipp leugnet nicht, dass der Individualverkehr und die E-Mobilität einen Impact auf die Umwelt hat, auch wenn nicht ganz gleich wie Benzin- und Dieselfahrzeuge. Statistiken zeigen klar, dass durch Zubau von Photovoltaikanlagen und anderen erneuerbaren Energien die Stromproduktion immer sauberer wird. Deshalb kann man der Vorrednerin nicht zustimmen. Die Stadt Burgdorf wird die Entwicklung aufmerksam weiterverfolgen. Die GLP-Fraktion empfiehlt dem SR das Postulat zur Annahme. Man kann dabei nichts verlieren. Die Stadt Burgdorf kann mit dem vorgeschlagenen Vorgehen nur gewinnen, weil es zukunftsweisend und vorsichtig, aber trotzdem progressiv ist.

Stadtrat Meier Marcel, namens der SVP-Fraktion, informiert, dass man grossmehrheitlich, wenn nicht einstimmig das Postulat ablehnt. Dafür gibt es einen pragmatischen und staatspolitischen Grund. Die Schaffung einer E-Ladestation ist keine Staatsaufgabe, dies hat der Markt zu entscheiden. Man kann durchaus eine Mobilitätsstrategie als Stadt erarbeiten, aber nicht so konkret. Der Wortlaut des Postulates verlangt dies ziemlich konkret. Es geht um die Förderung von E-Ladestationen und das Angebot derer zu schaffen. Die Stadt Burgdorf muss sparen. Es wäre hier nur Geld zum Fenster rausgeworfen, wenn man wieder irgendein Papiertiger produziert. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass es bei der Elektromobilität generell darauf ankommt von was man spricht. Spricht man von Tesla, Kleinautos, E-Bikes oder Minenlastwagen, die bereits ökonomisch rentabel sind. Zu all diesen Themen gibt es viele verschiedene Studien. Im Moment wird die gesamte Co2-Bilanz bei Personenwagen kontrovers diskutiert, die kann aber für kleine Autos und Batterien positiv ausfallen. Das wird sich sicher in Zukunft noch verbessern. Die SP-Fraktion findet die Antwort des GR, vor allem die Aussicht auf eine Gesamtverkehrsstrategie für

Burgdorf, positiv. Man sieht dabei sehr gute Ansätze um eine innovative Förderungsstrategie zu entwickeln, die alle Verkehrsträger berücksichtigt. Die SP-Fraktion möchte den GR motivieren, frühzeitig und breit Interessenvertretungen einzubeziehen. Der GR könnte das Angebot auch breiter fassen und auf Mobilität ausdehnen. Deshalb wird eine Mehrheit dem Vorschlag des GR folgen und dem Postulat zustimmen. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass man Elektromobilität auch lokal unterstützen soll. Dies selbstverständlich mit erneuerbarer Quelle und ohne den Verkehrswachstum weiter anzukurbeln. Es gibt aber auch ein paar kritische Punkte. Es ist nicht Priorität der Stadt Burgdorf den motorisierten Individualverkehr zu unterstützen. Es geht dabei um Tankstellen von Personenwagen. Im Durchschnitt sitzt etwas mehr als eine Person im Auto und wie wir aus vielen Parkplatzdebatten wissen, braucht es viel Platz im städtischen Raum. Es sollte doch so sein, dass diese Aufgabe von der Auto- oder Stromindustrie übernommen wird. Die Vereinheitlichung der technischen Systeme gehört hier auch zu den Aufgaben der Privatindustrie. Man sollte auch neue Antriebssysteme fördern. Neue Ansätze können auch neue Verkehrssysteme ermöglichen. Aber warum gerade den klassischen Individualverkehr fördern? Stadtrat Käsermann Fabian erinnert dabei an die Debatte mit den Elektrobussen. Solche Systeme in Kombination mit Self-Drive ist eine Chance um eine bessere Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr zu ermöglichen. Man schaut mit Zuversicht auf die vom GR in seiner Antwort dreimal in Aussicht gestellte Verkehrsstrategie. Das betrifft ganz unterschiedliche Geschäfte, wie die Stromtankstelle, das Bike-Sharing sowie die E-Bikes, bei denen es in Burgdorf keinen Unfallhotspot gibt. Es wäre gut, Informationen zum Zeitplan zu bekommen, damit man abschätzen kann, wann bei den Verkehrsgeschäften gesamtheitliche Antworten erwartet werden können. Es braucht keine Wirtschaftsförderung für Stromtankstellen bei Personenwagen. Für die Stadt Burgdorf ist wichtiger, für einen guten öffentlichen Verkehr und Langsamverkehr zu sorgen. Stadtrat Käsermann Fabian lehnt das Postulat ab.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass Stadtrat Käsermann Fabian in seinem Votum zweimal die Verkehrsstrategie erwähnt hat. Dies ist jedoch falsch, es geht um die Mobilitätsstrategie.

Stadtrat Dür Hermann hat eine Frage zu denen, die für eine Ablehnung des Postulates plädieren. Stadtrat Dür Hermann ist auch der Meinung, dass es nicht Aufgabe des Staates beziehungsweise der öffentlichen Hand sein kann, die Elektromobilität zu fördern. Beim Postulat geht es aber nur um eine Abklärung von gewissen Fragen und nicht um die Förderung an sich. Der Abklärung könnte man zustimmen, aber der Förderung von Elektromobilität würde man auch ablehnend gegenüberstehen.

Stadtrat Käsermann Fabian hat sich diese Frage auch gestellt, weil es nur in der Mobilitätsstrategie aufgenommen wird. Im Postulat sind bereits sieben Fragen formuliert und eine davon betrifft knapp das operative Geschäft der Localnet. Damit werden bereits Voraussetzungen geschaffen. Gemäss der Fragestellung ist es klar, dass abgeklärt werden muss, ob die Stadt Burgdorf das unterstützen und fördern oder Auflagen machen soll. Man impliziert eigentlich, dass die Stadt Burgdorf das unterstützen soll.

Stadtrat Meier Marcel, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass es darum geht, kein Signal auszusenden wie es das Postulat will und eine Überprüfung verlangt. Die Überprüfung braucht es grundsätzlich nicht, weil die Fragen auch in der Mobilitätsstrategie behandelt werden. Es sollen keine falsche Signale gesendet werden. Es sollen keine Leerläufe produziert werden.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass die Fragen im Postulat darauf hinzielen, abzuklären wie man es fördern kann. Es geht aber auch darum, die regulatorische Sicht, Stichwort Parkplatzreglement, zu beachten. Es gilt abzuklären was es alles braucht. Es kommt viel Neues auf uns zu und es kann zu Wildwuchs kommen. Es ist im Interesse der Stadt Burgdorf, dass man an der Entwicklung dran bleibt und aufmerksam verfolgt, und wenn nötig, frühzeitig entsprechende Massnahmen einleitet. Die GLP-Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass es von Burgdorf beeinflusst oder gesteuert werden soll, dass es E-Tankstellen gibt. Die Umsetzung muss die Privatwirtschaft machen wie auch die Normen. Vielleicht gibt es auch nur einen Industriestandort. Es ist nicht Aufgabe der Stadt Burgdorf, aber sie ist trotzdem Herr über dem Stadtgebiet und hat gewisse Verpflichtungen damit ein geregelter Verkehr stattfindet. Die GLP-Fraktion bittet den SR das Postulat zu überweisen und die Aufgabe dem GR zu übertragen.

Stadtrat Dür Hermann hat eine Frage an den GR. Es ist vorgesehen, die Mobilitätsstrategie zu erarbeiten. Wird bei der Mobilitätsstrategie nicht automatisch, auch ohne das vorliegende Postulat, die Fragen betreffend E-Ladestationen eingeschlossen?

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, wenn die Mobilitätsstrategie breit angeschaut wird, werden die E-Ladestationen ebenfalls miteinbezogen. Wenn ein Postulat mit gezielten Fragen vorliegt, geht man eventuell einen Schritt weiter. Wenn das Postulat nicht vorliegt, würde es vielleicht nicht so detailliert betrachtet.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat anzunehmen.

Beschluss

Der Stadtrat überweist mit 22 Ja und 14 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen das Postulat an den Gemeinderat.

SRB: 2018-154 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation SVP-Fraktion betreffend Personalvorsorgestiftung Region Emmental (PRE)

Verhandlung

Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette teilt mit, dass die Fragen gemäss dem heutigen Wissensstand beantwortet wurden. Zudem wurde eine entsprechende Medienmitteilung verschickt. Es ist geplant, das Geschäft im SR zu traktandieren.

Stadtrat Beck Daniel, namens der SVP-Fraktion, dankt den Verfassern für die Stellungnahme und erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2018-155 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation GLP-Fraktion betreffend Unfallrisiken von E-Bikes in Burgdorf

Verhandlung

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, dankt für die umfassenden Abklärungen. Das Anliegen wurde durch Gespräche mit verschiedenen Bürgerinnen und Bürgern der GLP vorgebracht. Die GLP-Fraktion war der Meinung, dass es sich lohnt eine entsprechende Interpellation einzureichen, die auch dazu dient, sich auf das Thema zu sensibilisieren. Die GLP-Fraktion erklärt sich von den Antworten befriedigt.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2018-156 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10
Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag FDP-Fraktion betreffend "Schuldenbremse"
- Interpellation FDP-Fraktion betreffend "Atelieraufenthalt in Buenos Aires"

Stadratspräsident Ritter Michael teilt mit, dass im Hotel Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist. Die erste Runde übernimmt der Vorsitzende.

Burgdorf, 21. Februar 2018

Namens des Stadtrates:



Michael Ritter
Stadratspräsident



Brigitte Henzi
Protokollführerin